

Wem gehört die Stadt?

Gegen Ausgrenzung, Vertreibung und die Umstrukturierung der Innenstädte!

Die Städte verändern sich. Auf der einen Seite werden unerwünschte Gruppen und diejenigen, die das Stadtbild „schädigen“, ausgeschlossen und aus zentralen Bereichen der Stadt vertrieben. Auf der anderen Seite breiten sich Sicherheitspersonal und Überwachungskameras mehr und mehr aus und sorgen für eine Kontrolle aller, immer und überall. Aber auch die räumliche und architektonische Umgestaltung der Städte weist darauf hin, daß die Stadt wieder zum unkämpften Gebiet wird.

Das neue Gesicht der Stadt

Die Städte werden zu kontrollierten Erlebnis- und Konsumräumen umgestaltet, zu denen längst nicht mehr alle Zutritt haben. Es wird alles abgewehrt, was eine scheinbare Gefahr für den Konsum oder die Sicherheit derer, die noch dazugehören, darstellt. So verschwinden nach und nach die klassischen öffentlichen Orte wie Straßen, Plätze oder Parks. Sie werden ersetzt durch Malls (Kombinationen aus Einkaufszentren mit einer Vielzahl von Geschäften und Erlebnisbereichen wie Kinos, Theater oder Restaurants zumeist am Stadtrand) und private Erlebnisparks. Auch Straßen werden zunehmend privatisiert, in dem die Bereiche der Straßen, die unter dem Hausrecht von Geschäftsleuten stehen, vergrößert werden. Die Vertreibung beispielsweise von Bettler:innen oder Junkies wird so noch vereinfacht. Diese neuen sozialen Räume sind

durchsetzt mit einem lückenlosen System der Überwachung und dem Ausschluß unerwünschter Personen. Deutlich wird dies nicht nur an privaten Sicherheitsdiensten, sondern auch an der wachsenden Zahl von Überwachungskameras. In kaum einer Stadt kann mensch noch einkaufen oder U-Bahn fahren, ohne den größten Teil der Zeit von Kameras beobachtet zu werden. Auf der anderen Seite werden die alten Industriegebiete bzw. Wohngebiete der nicht konsumstarken Bevölkerungsschichten oder der sozialen Randgruppen dem Verfall und der Verelendung preisgegeben. Oft geht der Bau von Einkaufszentren am Stadtrand (Malls) auch mit dem Niedergang der bisherigen, gewachsenen Stadtzentren einher. Oder diese Räume werden ebenfalls kahl saniert und in Erlebnis- (wie das CentrO in Oberhausen) oder Dienstleistungszentren (Mediaparks in den Hafengegenden von Köln oder Düsseldorf) umgewandelt, was mit der Verdrängung der bisherigen Bevölkerung einher geht.

Vertreibung und Ausgrenzung

Diese Entwicklung hat aber noch weitreichendere Folgen, nämlich für all die, für die es in diesen neuen Räumen nun keinen Platz mehr gibt. So werden Obdachlose an den Stadtrand verfrachtet, Drogenszenen regelmäßig zerschlagen, Prostituierte geängelt. Aber auch die, die sich die neue Erlebniswelt schlicht nicht leisten können, haben erst gar keinen Zutritt mehr zu den schönen, neuen Konsumtempeln. Oftmals haben diese Vertreibungs- und Ausgrenzungsmechanismen einen rassistischen Hintergrund: So sind Übergriffe sowohl der Polizei als auch der Sicherheitskräfte gegen Immigrant:innen, Asylbewerber:innen (schlicht gegen alle, die als Fremde wahrgenommen werden) an der Tagesordnung. Ein wesentliches Moment dieser Vertreibungspolitik nehmen auch die sogenannten Gefahrenabwehrmaßnahmen ein, die bereits in einigen Städ-



ten rechtlich verankert sind. Sogenanntes „Aggressives Betteln“ (soll heißen Ansprechen von Personen oder das Betteln mit Hunden) sowie Herumlungern werden in immer mehr Städten durch die kommunale Satzung als Ordnungswidrigkeit verfolgt. Der Versuch der Stadt Stuttgart jede Art des Bettelns zu verbieten, wurde erst durch ein Gericht gestoppt.

Die reell existierende Armut wird an den Rand gedrängt und soll gar nicht mehr wahrgenommen werden. Die heile Konsum- und Erlebniswelt darf nicht durch Armut oder anders Aussehende gestört werden. Der Zugriff auf soziale Randgruppen verstärkt sich zusehends. Wo vorher noch die stillschweigende Duldung stand, tritt offene, gewaltsame Vertreibung an ihre Stelle.

Sicherheit! Ordnung!

Die Rechtfertigung all dieser Maßnahmen wird gleich hinterher geliefert. Um Sicherheit gehe es, um die vorbeugende Abwehr von Gefahren, das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung sei gestört. Die relevante Größe in dieser Debatte um Sicherheit besteht im subjektiven Sicherheitsempfinden der Bürger:innen. Völlig unabhängig von einer realen Gefährdung werden Bedrohungsszenarien entworfen, die eine permanente Überwachung





Sicherheitsdiskurs in einer Verschärfung der sozial- und ordnungspolitischen sowie polizeilich, strafrechtlichen Maßnahmen. Neben der Vertreibung derer, die nun als asoziale und gefährliche Subjekte diffamiert werden, wird nicht zuletzt auch eine umfassende soziale Kontrolle intensiviert. Beide Aspekte, die Umgestaltung der Städte zu cleanen Konsumlandschaften und die mit dem Sicherheitsdiskurs einhergehende Vertreibung, wirken eng miteinander zusammen. Die Sicherung und Steigerung des Warenumsatzes wird unmittelbar an Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit gekoppelt.

und Vertreibung rechtfertigen. Die Bedrohung durch die „organisierte Kriminalität“ oder „ausländische Dealerbanden“, beides Erfindungen rassistischer und ordnungsfanaticher Zuschreibungen, sind dabei die entscheidenden Argumentationsmuster. Vielmehr besteht die Stoßrichtung des

Vertreibung und Ausgrenzung zerstören die ohnehin schon desolaten Lebensumstände von Junkies, DealerInnen, Obdachlosen, MigrantInnen. Der Umbau der Städte und der Sicherheitsdiskurs schaffen homogene cleane Räume.

Ein Musterbeispiel: Die Deutsche Bahn

Bei der "Säuberung" ehemals öffentlicher Orte ist die Deutsche Bahn AG Vorreiterin: So sind es insbesondere Bahnhofsvorplätze, die von den Obdachlosen und Junkies "gesäubert" werden und für die die meisten Platzverbote ausgesprochen werden. Bahnhofsbereich, Nahverkehrszüge und S-Bahnen sind in fester Hand des privaten Sicherheitsdienstes der Bahn. Unangepasste haben beim "Unternehmen Zukunft" nichts zu suchen. Vielen Obdachlosen wird so eine der letzten Rückzugsmöglichkeiten genommen.

Die Armut wird aus dem Stadtbild verdrängt, anstatt sie durch sozialpolitische Programme zu bekämpfen. Die Vertreibungsprogramme der DB werden den KundInnen unter dem Namen „3S Kampagne“ verkauft (Sicherheit, Service, Sauberkeit). Sie schließt ein flächendeckendes Netz von Überwachungskameras auch auf kleinsten Bahnhöfen mit ein. Gleichzeitig ist die DB dabei, ihre Bahnhöfe im Rahmen der "Sanierung" in Einkaufs- und Konsumparks zu verwandeln. Beste Beispiele sind der Umbau des Kölner Hauptbahnhofs und das geplante "Ufo" auf dem Dortmunder Hauptbahnhof.

Schluß mit Ausgrenzung und Vertreibung!
Solidarität mit Junkies, DealerInnen, Obdachlosen, MigrantInnen!
Stört die öffentliche Ordnung - immer und überall!

✂ Kuhpong

- Ich will mehr über Euch wissen!
Schickt mir mal ein kostenloses Infopaket!
- Ihr sollt mich kennenlernen! Ladet mich mal zu Euren Treffen ein!
- Nehmt mich doch mal in Euren emailverteiler auf!

Name: _____

Adresse: _____

Beruf: _____ e-mail: _____

Alter: _____

abknabbern und abschicken an:

Hernerstr. 79,
44791 Bochum Tel 0234/57967849,
Fax 0234/57967850, email: info@jungdemokratinne

Die Strasse gehört allen!



JungdemokratInnen/Junge Linke NRW

www.jungdemokratinnen.de